(3) Der Hauptgasverteiler legt die aufzurufenden Versorgungsstufen und deren Zeitdauer fest. Der Aufruf der Versorgungsstufen erfolgt nach volkswirtschaftlichen Erfordernissen.

§ 6

(1) Die Gasverteiler sind mit der Wahrnehmung des zentralen Melde- und Informationsdienstes für den Bereich der Gasversorgung beauftragt.

(2) Die Betreiber von Gaserzeugungs- und -fortleitungsanlagen sind verpflichtet, der zuständigen Gasverteilung sofort Meldung über die Veränderung des Betriebszustandes der Anlagen zu geben. Einzelheiten sind in einer Meldeordnung vom Hauptgasverteiler festzulegen.

Sonstige Bestimmungen

§ 7

(1) Zur gesellschaftlichen Kontrolle der Fahrweise des Gasverbundnetzes der Deutschen Demokratischen Republik nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten wird ein Beirat für Gasverteilung beim VEB Verbundnetz gebildet.

(2) Der Beirat für Gasverteilung besteht aus

einem Stellvertreter des Generaldirektors der WB Energieversorgung als Vorsitzender

einem Beauftragten des Ministers für Grundstoffindustrie

einem Beauftragten des Ministers für Erzbergbau, Metallurgie und Kali

einem Beauftragten des Ministers für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau

einem Beauftragten des Ministers für Leichtindustrie

einem Beauftragten des Generaldirektors der WB Braunkohle Cottbus

einem Beauftragten des Werkdirektors des VEB Verbundnetz.

Die Mitglieder werden vom Minister für Grundstoffindustrie auf Vorschlag der zuständigen Leiter berufen.

(3) Der Beirat für Gasverteilung nimmt monatlich die Berichte des Hauptgasvertailers über die Fahrweise des Gasverbundnetzes der Deutschen Demokratischen Republik entgegen und gibt dem Werkdirektor des VEB Verbundnetz Empfehlungen für notwendige Schlußfolgerungen.

(4) Aufgaben und Arbeitsweise des Beirates für Gasverteilung im einzelnen sind in einer Arbeitsordnung festzulegen.

§ 8

(1) Der Hauptgasverteiler wird auf Vorschlag des Werkdirektors des VEB Verbundnetz durch den Generaldirektor der VVB Energieversorgung berufen und abberufen und ist dem Werkdirektor des VEB Verbundnetz unmittelbar unterstellt.

(2) Die Einstellung und Entlassung der Bezirks- und Regionalgasverteiler bedarf der vorherigen Abstimmung mit dem Generaldirektor der VVB Energieversorgung.

§ 9

(1) Der Hauptgasverteiler hat das Recht und die Pflicht, zur Wahrung gesamtvolkswirtschaftlicher Belange beim Generaldirektor der VVB Energieversorgung Einspruch einzulegen gegen Festlegungen, die im Widerspruch zu dieser Anordnung stehen. Kann auf diesem Wege keine Übereinstimmung erzielt werden, ist der Einspruch durch den Hauptgasverteiler beim Minister für Grundstoffindustrie vorzutragen.

(2) Bei Verstößen gegen Weisungen der Gasverteiler kann der zuständige Gasverteiler die Einleitung eines Disziplinar- bzw. Ordnungsstrafverfahrens gegen die hierfür Verantwortlichen beantragen und verlangen, daß ihm über den Ausgang des Verfahrens berichtet wird.

§ 10

Schlußbestimmungen

(1) Diese Anordnung, ausgenommen § 5, tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Anordnung vom 15. Januar 1960 über die Dispatcherorganisation für die Gasversorgung (GBl. II S. 47) außer Kraft.

(2) Der § 5 dieser Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1968 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Anordnung vom 14. November 1963 über die operative Steuerung der Gasversorgung auf der Grundlage eines Stufen-systems (GBl. II S. 854) außer Kraft.

Berlin, den 29. Februar 1968

**Der Minister
für Grundstoffindustrie**

Siebold